

Türkische Landnahme – wie weiter?



Vor 20 Jahren sah der Fahrplan der türkischen Landnahme relativ einfach aus: Ansiedlung von möglichst vielen Türken, Einbürgerung, Infiltration der deutschen Machtstrukturen, regionale Konzentration und dann Wegmobben der Deutschen aus türkisch dominierten Gebieten – fertig sind die Grundlagen für einen türkischen Autonomiestaat im Herzen Europas. Allerdings haben die türkischen Strategen nicht damit gerechnet, dass sich der deutsche Staat selbst radikalisiert und heutzutage nicht nur Türken, sondern sogar die ganze Welt in Deutschland ansiedelt. Folge: Der türkische Anteil unter den „Migranten“ in Deutschland sinkt Jahr für Jahr. Das erschwert türkische Machtansprüche. Was bedeutet dies für die zukünftige türkische Strategie?

(Von M. Bachmann)

Wer heutzutage die türkisierten Stadtviertel deutscher Großstädte erkundet, hört in diesen Gegenden immer weniger

Türkisch, dafür immer mehr Arabisch, Albanisch und jede Menge sonstige Sprachen. Auch am Straßenbild kann man die Polyethnisierung der Bevölkerung in den Ausländervierteln ablesen: Gab es dort vor 20 Jahren nur deutsche oder türkische Geschäfte, sieht man jetzt zwar keine deutschen Geschäfte mehr, dafür aber ein Potpourri aus Afro-Shops, arabischen Falafelbuden, bosnischem Cevapcici und russischem Export-Import-Zeugs. Auch in Schulklassen zeigt sich ein ähnliches Bild. Dominierten früher eindeutig Türken gegenüber anderen Ausländern, sind sie heute oft nur noch ein Teil unter vielen anderen: Araber, Bosnier, Balkanesen, Ghanesen, Somalis, Afghanen und was sich sonst noch so an Bereicherung in den Schulklassen tummelt.

Natürlich sind die Türken weiterhin die am besten politisch organisierte Ausländergruppe. Die Regierung in Ankara mischt per DITIB in jedem deutschen Gemeinderat mit. Auf die Posten der „Integrationsminister“ und „Migrationsbeauftragten“ erheben türkische Lobbyisten weiterhin eine Art Erbenspruch und drängen andere Nationalitäten eifersüchtig aus dem Rennen. Aber diese Ansprüche werden in Zukunft immer schwieriger zu verteidigen sein. Auch wenn es aus politischen Gründen keine verlässlichen Daten zur Anzahl der Türken in Deutschland gibt – der Staat versucht die offizielle Zahl stets klein zu halten, um die Deutschen nicht zu beunruhigen – , ist der ethnische Wandel innerhalb der Ausländerpopulation unübersehbar: Der türkische Anteil sinkt Jahr für Jahr.

Drei Ursachen sind für diese Entwicklung verantwortlich:

1. Radikalisierung der „Bunten Republik“

Die deutschen Politiker haben sich in den letzten Jahren, insbesondere nach Wulffs berüchtigter Bunte-Republik-Rede von 2010, in eine Strategie der Vorwärtsverteidigung begeben: Die Polyethnisierung, d. h. der Umbau Deutschlands zu einem Vielvölkerstaat, wird nicht mehr sachlich-kritisch hinterfragt, sondern hysterisch-unkritisch bejubelt. Diese

Abwendung von einer differenzierenden Einwanderungspolitik hin zu einer völlig wahllosen Massenbereicherung hat die Schleusen insbesondere für Araber, Albaner, Afghanen und Schwarzafrikaner weit geöffnet, jegliche Debatten über Rechtsfragen zur Asylpolitik, insbesondere der grundsätzlich temporäre Charakter der Asylgewährung, werden im Keim erstickt. Die Folge: All diese Menschen werden hierbleiben, und sie ziehen meist in diejenigen Stadtviertel, in denen die Türken früher weitgehend unter sich waren.

2. EU-Osterweiterung

Im Vergleich zu Ländern wie Frankreich und Holland hat Deutschland durch seine geographische Lage Glück im Unglück: Wir werden nämlich nicht nur von Orientalen bereichert, sondern auch von vielen fleißigen Osteuropäern, die infolge der offenen EU-Binnengrenzen nach Deutschland strömen. Von den Zigeunern abgesehen, sind die meisten dieser Leute tatsächlich integrationswillig, sie lernen schnell Deutsch und hegen überwiegend auch keine feindlichen Gefühle gegen unser Land, unser Volk und unsere Kultur. Sie sind politisch weitgehend inaktiv und konzentrieren sich auf das, was für jeden Einwanderer selbstverständlich sein sollte: Sie fügen sich in die Gesellschaft des von ihnen gewählten Ziellandes ein. Die Osteuropäer sind in Deutschland daher definitiv ein ausgleichender Faktor, der die Gefahren der orientalischen Einwanderung zumindest abmildert. Aus türkischer Sicht sind sie aufgrund ihrer eher unpolitischen Lebensweise zwar keine politische Konkurrenz, allerdings senkt ihre Anwesenheit den ethnischen Anteil der Türken an der statistisch erfassten „Migrationsbevölkerung“. Die vielen Osteuropäer könnten daher den deutschen Politikern in Deutschland eines Tages ein Argument liefern, den derzeitigen türkischen Alleinvertretungsanspruch in Sachen „Migrationsexpertise“ in Frage zu stellen und dadurch den türkischen Machteinfluss einzudämmen.

3. Sinkende türkische Geburtenrate in Deutschland

Auch wenn viele türkische Männer dies ungern hören: Die gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland, einschließlich des jugendlichen Sexualverhaltens, färben auch auf die Türcinnen in Deutschland ab. Wie unter den Deutschen führt die jugendliche Neigung zum Partnerwechsel daher auch unter Türken – Türken heiraten nur unter sich – zu einer zeitlichen Verschiebung der Hochzeit und damit zur Verschiebung der Geburt von Kindern. Junge männliche Türken holen sich zwar gern jungfräuliche Importbräute aus Anatolien, dies kann aber die sinkende türkische Geburtenrate insgesamt nicht ausgleichen – die verschmähten Deutschtürkinnen heiraten entsprechend später oder bleiben kinderlos -, insbesondere nicht gegenüber den neu zugewanderten und noch weitaus strenger gehaltenen Araberinnen in Deutschland.

Welche Möglichkeiten bieten sich nun vor dem Hintergrund dieser veränderten Sachlage den türkischen Politstrategen?

A) Doppelpass

Politisch nutzbar sind nur eingebürgerte Türken: Wer keinen deutschen Pass hat, ist zwar „Türke“, aber er kann keinen politischen Anspruch auf Minderheitenstatus erheben. Diesen Minderheitenstatus aber benötigt man zur Durchsetzung nationalen Forderungen. Wer keine Minderheit ist – oder nur eine kleine Minderheit – hat kein Anrecht auf Einführung seiner Sprache als offizielle Amtssprache. Er hat kein Anrecht auf eigene Schulen, in denen die Kinder nur in der eigenen Nationalsprache – und nicht der verhassten deutschen Sprache – unterrichtet und zu guten Nationalisten erzogen werden. Und Anspruch auf ein Minderheitenterritorium hat er sowieso nicht. Will man also eines Tages Parlamentsreden in Deutschland auf Türkisch halten, flächendeckend eigene national-türkische Schulen in Deutschland errichten und irgendwann seinen eigenen Autonomiestaat, muss man eine starke national-türkische Minderheit mit deutschem Pass etablieren.

B) EU-Beitritt

Mit bald 100 Millionen Einwohnern wird die Türkei in absehbarer Zeit das bevölkerungsreichste Land der EU werden – sofern sie beitrifft, was allerdings sehr wahrscheinlich ist. Da in Mitteleuropa ein enges türkisches Verwandten- und Beziehungsnetzwerk sowie eine komplett türkische Infrastruktur besteht, wird ein solcher Beitritt mit ziemlicher Sicherheit zu einer Abwanderung von wenigstens 5-10% der Bevölkerung nach Europa führen, davon der Großteil nach Deutschland. Aus Sicht der türkischen Strategen ist der EU-Beitritt also ein Muss: Er würde es den Türken ermöglichen, mit den Osteuropäern wieder gleichauf zu ziehen und den Türken zudem einen erheblichen Wettbewerbsvorteil gegenüber migrantischen Machtkonkurrenten wie Arabern und Afrikanern verschaffen. Der türkische Bevölkerungsanteil würde sich in Deutschland von derzeit etwa 4-5 Millionen schlagartig auf 10-15 Millionen erhöhen. Araber und Schwarzafrikaner würden trotz immer leichteren Eindringens über das Mittelmeer Jahrzehnte brauchen, um diesen Vorsprung aufzuholen.

C) Innertürkische Islamisierung

Um die türkische Geburtenrate in Deutschland anzuheben und die türkische „Zuwanderung per Kreißsaal“ auch gegenüber den Arabern wieder zu verstärken, gilt es vor allem, auf das Sexualverhalten der Türcinnen Einfluss zu nehmen. Türcinnen in Deutschland müssten wieder früher heiraten, d.h. man müsste ihnen alle vorehelichen Wege zu sexueller Erfüllung effizienter als derzeit versperren. Diese Zielsetzung lässt sich nur durch noch stärkere gesellschaftliche Kontrolle und noch stärkere Abschottung gegenüber dem deutschen Umfeld und dessen Einflüssen sexueller Freiheit erreichen. Der Islam bietet sich hier an als Mittel zum Zweck: Allah fordert die Jungfrauehe, ein willkommener Vorwand für Eltern und Brüder, ihre Töchter und Schwestern fremdzubestimmen und möglichst frühzeitig „mit dem Richtigen“ zu verkuppeln. Die Islamisierung der in Deutschland lebenden, zu einem erheblichen Teil aber säkular denkenden Türken ist daher aus

Sicht nationaltürkischer Machtstrategien weniger eine religiöse, sondern in erster Linie eine politische Notwendigkeit zur erfolgreichen Umsetzung der Landnahme.